



GdP-Spitze bei Innenministerin

Die aktuellen Fragen der saarländischen Polizei werden befriedigend beantwortet!

Am Montag, 3. Februar, traf sich die GdP-Spitze unter Führung unseres Landesvorsitzenden, Hugo Müller, mit der Innenministerin, Annegret Kramp-Karrenbauer, und dem Innenstaatssekretär, Gerd Müllenbach, um aktuelle Probleme der saarländischen Polizei zu diskutieren. Der Meinungsaustausch war traditionell durch eine konstruktive Gesprächsatmosphäre gekennzeichnet. Hier die wichtigsten Ergebnisse:

Haushalt

Bedingt durch erhebliche Steuerausfälle ist für den Landeshaushalt 2003 bereits jetzt vom Finanzminister eine globale Minderausgabe von ca. 20 Millionen € verordnet worden. Auch der Polizeibereich soll hierbei seinen Beitrag leisten. Allerdings hat die Ministerin klargestellt, dass die zentralen Forderungen der GdP erfüllt werden: **Das Beförderungsbudget von über 700 000 € und die Zahl der Neueinstellungen von 85 bleiben unangetastet.** Man verabredete sich, dass MfIS und PHPR in den kommenden 14 Tagen beraten werden, wie im Hinblick auf den Beförderungstermin „1. April“ das Beförderungsbudget in Anspruch genommen werden soll. Und Annegret



Man diskutierte aufgeregt.

Kramp-Karrenbauer versicherte, dass die geplanten Einsparungen im Sachhaushalt (z. B. bei Neuanschaffung von PC-Hardware und



Die Gesprächsrunde bei der Innenministerin

Kfz) im Hinblick auf die Leistungsfähigkeit der saarländischen Polizei erträglich gestaltet würden. Die von der Polizei selbst definierten Einspargrenzen sollen nicht überschritten werden.

Tarifabschluss

Die Ministerin erklärte, dass das Tarifergebnis selbstverständlich auch im Saarland umgesetzt werde. Sie vertrat allerdings weiterhin die Auffassung, dass bei den Tarifverhandlungen die Interessen der finanzschwachen Bundesländer nicht ausreichend berücksichtigt worden seien. An der Lösung dieses Problems werde die Landesregierung weiter arbeiten. Annegret Kramp-Karrenbauer bekräftigte nochmals die Haltung der Landesregierung, für eine zeit- und inhalts-gleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf Beamte und Versorgungsempfänger einzutreten. Allerdings müsse

eine entsprechende bundesgesetzliche Regelung abgewartet werden. Sie deutete an, im Sinn der GdP-Forderung nach einem

entsprechenden Bundesgesetzentwurf die Anpassung der Besoldung und Versorgung ggf. vorzuziehen.

Öffnungsklausel

Beim Thema „Öffnungsklausel“ teilte man die Einschätzung unseres Landesvorsitzenden, dass sich nach der Sitzung des Bundesratsinnenausschusses am letzten Donnerstag die Hinweise verstärkten, die Grundgehälter aus der Diskussion um die Öffnungsklausel völlig herauszuhalten. Die Diskussion konzentrierte sich jetzt noch auf die Gehaltsbestandteile der Sonderzuwendungen „Weihnachts- und Urlaubsgeld“. Die Ministerin muss die Entwicklung abwarten, unterstrich aber die Position der saarländischen Landesregierung, dass es kein Sonderopfer für Beamtinnen und Beamte geben solle. Hierüber werden noch die Vorsitzenden der saarländischen ÖD-Gewerkschaften ver.di, GEW und GdP zusammen mit dem Landesvorsitzenden des DGB am 18. Februar mit dem saarländischen Ministerpräsidenten, Peter Müller, sprechen.

ErschwerniszulagenVO

Der Bundesgesetzgeber hat die Erschwerniszulagenverordnung insoweit novelliert, dass Angehörige von Spezialeinheiten der Bundeswehr höhere Erschwerniszulagen erhalten. Auf die Frage der GdP hin, ob die einschlägigen Regelungen bei uns im Saarland auf Kolleginnen und Kollegen in den Verwendungsbereichen MEK bzw. SEK übertragen werden könnten, antwortete die Ministerin, dass das Saarland grundsätzlich hierzu bereit sei, selbst aber als „Nehmerland“ nicht initiativ werden könne. Die Initiative hierzu müsse von den „Geberländern“ ausgehen. Die GdP bat die Ministerin, hierüber mit den „Geberländern“ zu sprechen.

Versorgungsänderungsgesetz

Die GdP wird Widerspruchverfahren gegen die Anwendung des Versorgungsänderungsgesetzes betreiben. Hugo Müller schlug hierzu der Ministerin vor, die GdP einen Musterprozess betreiben zu lassen, dessen Ergebnis allgemeine Anwendung finden sollte. In einem vereinfachten Verfahren sollte nach individuellem Widerspruch gegen den Versorgungsbescheid auf Eintritt der Verjährung verzichtet werden. Die Ministerin hat diesen Vorschlag positiv aufgenommen.

Unterbringung Bildstelle

Hugo Müller hatte die Ministerin schon schriftlich über unhaltbare Unterbringungszustände bei der Bildstelle der LPD hingewiesen. Annegret Kramp-Karrenbauer versprach, die Bildstelle schon in den nächsten Tagen zu besichtigen und für schnelle Abhilfe zu sorgen.

Vorhang auf: „Dienstzeit die 2.,3.,4.,5.,....???“

Wie in einem schlechten Theater, in dem immer das gleiche Stück aufgeführt wird, mussten sich die Beschäftigten der Landespolizeidirektion vorkommen, als im Oktober vergangenen Jahres wieder einmal das Thema Dienstzeit auf dem Spielplan stand.

Was war geschehen?

Gegen Ende des Jahres 2002 musste man in der Landespolizeidirektion konsterniert feststellen, dass sich der Personalaufbau in der saarländischen Polizei und somit auch in der Landespolizeidirektion nicht ganz so schnell entwickelt, wie geplant. Die Ursachen hierfür sind vielfältig. Wesentlich scheint jedoch zu sein,



Ralf Porzel

dass sich in der Folge des 11. September 2001 die Übernahmen aus anderen Bundesländern nicht mehr im avisierten Umfang realisieren ließen und dass die Anzahl der vorzeitigen Ruhestandsversetzungen, trotz Versorgungsänderungsgesetz, nicht rückläufig, sondern tendenziell steigend ist.

In der Landespolizeidirektion, insbesondere in den Polizeibezirken, kommt es aufgrund der prekären Personalsituation jedoch zu einer zunehmenden Aufgaben- und Arbeitsverdichtung, damit einhergehend auch zu einer Mehrbelastung der Beschäftigten. Hinzu kommen die Probleme der Überalterung und damit verbundene krankheitsbedingte Ausfälle, oder Verwendungseinschränkungen, bis hin zum vorzeitigen Ausscheiden aus dem Dienst.

Vor diesem Hintergrund stellen die Leiter der Landespolizeidirektion gemeinsam mit den Leitern der Polizeibezirke eine umfassende Problemanalyse an, mit einer sich anschließenden Erörterung von Lösungsmöglichkeiten. Man kam einvernehmlich zu dem Ergebnis, dass aus unterschiedlichen Erwägungen Einschnitte in die Aufbauorganisation, etwa die Reduzierung von Dienststellen weder erforderlich noch zielführend seien. Ausschließlich die Optimierung des Personaleinsatzes innerhalb der ablauforganisatorischen Prozesse erschienen geeignetes Mittel zur Erfüllung der polizeilichen Zieldimensionen zu sein.

Nach einem Gespräch mit der Ministerin für Inneres und Sport, Frau Annegret Kramp-Karrenbauer, und auf der Grundlage die-

ser Ergebnisse beschloss die Behördenleitung, gemeinsam mit den Leitern der Polizeibezirke, eine „Arbeitsgruppe Personaleinsatz“ zu bilden. In einer Besprechung zwischen der Behördenleitung und den Vorsitzenden der Örtlichen Personalräte sowie dem Polizeihauptpersonalrat wurden diese, zu ihrem Erstaunen, über vorgenannte Planungsschritte informiert. Als sich abzeichnete, dass sich die Diskussionen wieder einmal um Thema Dienstzeitplanung, bedarfsorientiertes Schichtmanagement, Flexibilisierung der Dienstzeit pp. im Wechselschichtdienst drehten, intervenierten die Personalvertreter rechtzeitig und machten ihre Standpunkte und damit die Interessen des von ihnen vertretenen Personals deutlich.

Unverständnis bis Betroffenheit wurde darüber zum Ausdruck gebracht, dass die Problemlösung wieder einmal im Wechselschichtdienst gesucht wird. Dass sozusagen als einzige von vielen möglichen „Stellschrauben“ diese im Bereich des Wechselschichtdienstes bedient werden soll. Das Ganze vor dem Hintergrund, dass erst vor wenigen Monaten in den Bezirken gemeinsam mit den Beschäftigten neue Dienstzeitvereinbarungen erarbeitet und unter erheblichen Kraftanstrengungen zum Abschluss gebracht wurden. In diesem Zusammenhang sei die Problematik „Vorbereitungszeit“ erwähnt.

Und nun soll dieses Stück, nur auf anderer Bühne, schon wieder aufgeführt werden? – Nein –!

Philosophie der AG 2000plus war die Verlagerung von Aufgaben und Kompetenzen „nach unten“. Die Delegation von Verantwortung beinhaltet auch die Bereiche Arbeitszeit und Personaleinsatzplanung. Insofern sind mögliche oder notwendige Gespräche zu Thema Arbeitszeit, individuell in den Dienststellen vor Ort, gemeinsam mit den Beschäftigten zu führen. Nichts anderes sieht auch das Personalvertretungsrecht vor. Wenn denn Gespräche über das Thema Arbeitszeit vor Ort als

erforderlich erachtet werden, so existieren die dafür notwendigen Rahmenbedingungen heute schon! Darüber hinaus wurden im Rahmen der Dienstzeitabschlüsse bereits vorhandene, durch intensive Mitarbeiterbeteiligung zustande gekommene, „flexible“ Modelle (Bsp.: Dillingen) wieder eingestellt.

Auch darf sich die Diskussion nicht nur auf den Wach- und Wechselschichtdienst konzentrieren, sondern es müssen alle Organisationseinheiten der Landespolizeidirektion mit einbezogen werden. Das heißt, es darf nicht durch Restriktionen und Vorfestlegungen ein „Zielkorridor“ für ein Arbeitsergebnis bereits vorgegeben sein. In der Gesamtbewertung kamen die Örtlichen Personalräte im Oktober vergangenen Jahres zu dem Ergebnis, dass die Arbeitsgruppe in der damals vorgestellten Form und mit der vorgestellten Zieldimension einen landesweiten „Rahmen“ zu schaffen „überflüssig“ ist.

Im Januar 2003 nahm die Einrichtung dieser Arbeitsgruppe dann konkrete Formen an. Durch die Behördenleitung wurde gemeinsam mit den Leitern der Polizeibezirke eine Auftragsformulierung für den Einsatz einer Arbeitsgruppe zur Entwicklung von Vorschlägen zur Optimierung des Personaleinsatzes innerhalb der Landespolizeidirektion entwickelt. Zum Leiter dieser Arbeitsgruppe wurde einvernehmlich der Leiter des Polizeibezirks St. Wendel, Polizeioberrat Harald Jenal, bestimmt. Der Entwurf wurde den Personalvertretungen im Rahmen der vertrauensvollen Zusammenarbeit zur Verfügung gestellt (siehe nebenstehenden Auszug).

Für die Personalvertretungen (ÖPR/PHPR) als auch für die Gewerkschaft der Polizei gilt es nun, diesen Entwurf intensiv zu prüfen, offene Fragen mit Verantwortlichen zu erörtern und sich im Sinne der Beschäftigten zu positionieren. Über die weitere Entwicklung wird dann aktuell und zeitnah über entsprechende Medien berichtet. **Ralf Porzel**

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss für die April-Ausgabe unseres Landesteils ist der 5. März 2003.



Ausgabe:
Landesbezirk Saarland
Geschäftsstelle:
Kaiserstraße 258
66133 Saarbrücken
Telefon (06 81) 81 14 98
Telefax (06 81) 81 52 31
Homepage: www.gdp-saar.de
E-Mail: gdp-saarland@gdp-online.de

Redaktion:
Johann Karl Wannemacher (Vi.S.d.P.)
Polizeihauptpersonalrat beim MfIS
Scheidter Straße 110
66123 Saarbrücken
Telefon: (06 81) 9 62-15 13
E-Mail: gdp Saarland@aol.com

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-2 22
Anzeigenleiter: Michael Schwarz
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 28
vom 01. 01. 2002

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87
ISSN 0170-6489

AG PERSONALEINSATZ

Der Arbeitsauftrag (Auszüge)

Die AG Personaleinsatz hat den Auftrag, unter Berücksichtigung

- der Gewährleistung einer an landesweit einheitlichen Standards ausgerichteten bürgernahen, kompetenten und effizienten Auftrags Erfüllung,
- der Gewährleistung von Leistungsbereitschaft und -vermögen, Arbeitszufriedenheit und Motivation der Beschäftigten der LPD,
- des Fortbestandes der derzeitigen Aufbauorganisation,
- der politischen Grundaussagen zur zukünftigen Entwicklung des Personalkörpers der saarländischen Vollzugspolizei,

- der zumindest noch mittelfristig bestehenden Notwendigkeit des Vorhaltens von strukturierten Aufrufeinheiten zum geschlossenen Einsatz außerhalb der Abteilung Bereitschaftspolizei (SEE-Einheiten),
- des zügigen Aufbaus einer landesweit zuständigen Leitstelle mit klar definiertem Aufgabenbereich

Möglichkeiten zur individuellen Optimierung des Personaleinsatzes in den Polizeibezirken der Landespolizeidirektion zu prüfen. Vorschläge zu entwickeln und die zur Umsetzung erforderlichen Rahmenbedingungen aufzuzeigen.

Der Entwicklung von Vorschlägen für ein Schichtdienstmanagement mit einem Personaleinsatz, der sich stärker an Arbeitsaufkommen und Lageentwicklung orientiert sowie zugleich den Interessen der Polizeibeschäftigten nach Arbeitszeitsouveränität angemessen Rechnung trägt, kommt dabei größte Bedeutung zu.

Bei der Entwicklung ihrer wesentlichen Vorschläge hat die AG insbesondere zu prüfen, ob und inwieweit bisherige Maßnahmen und Überlegungen innerhalb der Landespolizeidirektion und exemplarisch bei



Harald Jenal

anderen in- und ausländischen Polizeiorganisationen zur Optimierung des Personaleinsatzes als Problemlösung einbezogen werden können.

Die Leitung der Arbeitsgruppe übernimmt POR Harald Jenal, Leiter des PB St. Wendel.

Die Arbeitsgruppe legt bis Jahresmitte ihr Ergebnis vor.

ÖFFNUNGSKLAUSEL

Eingriffe in Besoldung und Versorgung

Im Dezember des vergangenen Jahres hatte der GdP-Landesvorsitzende Hugo Müller verantwortliche Politiker in Bund und Land angeschrieben und aufgefordert, die Initiative für eine Öffnungsklausel bei Besoldung und Versorgung zu stoppen. Nachfolgend veröffentlichen wir Auszüge aus den Antwortschreiben.

**Peter Müller,
saarl. Ministerpräsident**

... Die derzeitige Haushaltslage in den öffentlichen Kassen schränkt den Spielraum der Arbeitgeber leider erheblich ein. ... Durch die fehlenden finanziellen Mittel sind zwingend äußerst enge Grenzen gesetzt. Deshalb werden wir im Saarland prüfen, ob es möglich ist, innerhalb der Tarifgemeinschaft Reformen anzustoßen. Die Konsolidierungsbemühungen der Haushalte erfordern es, alle Leistungen auf den Prüfstand zu stellen. Sowohl der Beamten- als auch der Tarif- und Rentenbereich gehören dazu. Bei den weiteren Beratungen werde ich mich aber von dem Gedanken leiten lassen, dass es keine Sonderopfer für Beamte geben darf. ...

**Georg Jungmann,
CDU, MdL**

Wir sind der Ansicht, dass die Beamten im Saarland nicht wieder zu neuen Sonderopfern verpflichtet werden können. Deshalb vertritt die Fraktion die Ansicht, ... den ausgehandelten Tarifabschluss 1:1 auf die Besoldung der Beamten zu übertragen. Auch eine Diskussion über die ersatzlose Streichung des Weihnachtsgeldes halten wir... im Saarland für kontraproduktiv.

Elke Ferner, SPD, MdB

... vielen Dank für Ihr Schreiben, in dem Sie sehr deutlich Ihre Besorgnis über die Entwicklungen der Besoldung und Versorgung im Polizeidienst zum Aus-

druck bringen. Leider kann ich Ihnen noch keine endgültigen Ergebnisse präsentieren, da die Verhandlungen noch andauern. Bisher kann ich Ihnen nur mitteilen, dass die Konditionen, die für die Angestellten im öffentlichen Dienst ausgehandelt wurden auch auf die Beamtinnen und Beamten übertragen werden sollen ...

Ich habe Ihr Schreiben an die AG Innen der SPD-Bundestagsfraktion weitergeleitet, damit Ihre Argumente dort zur Kenntnis genommen werden und in die weiteren Verhandlungen einfließen können ...

Albrecht Feibel, CDU, MdB

... Bei der Bewertung des von SPD und PDS in Berlin auf den Weg gebrachten Vorstoßes kommt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur gleichen Einschätzung wie Sie: Erstens sind wir in der Vergangenheit immer für eine bundeseinheitliche Bezahlung im öffentlichen Dienst eingetreten, ... zweitens halten auch wir den Berliner Vorschlag weder für gerecht noch in irgendeiner Weise

für sachdienlich. Es besteht aber keinerlei Grund, etwa durch Ausnutzung von Ressentiments gegen Beamte und den öffentlichen Dienst als Ganzes schnelle Einsparerfolge erzielen zu wollen.

Ihre Aufzählung von Einsparungen belegt eindringlich, welchen Beitrag die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in der Vergangenheit bereits für die Konsolidierung der Haushalte erbracht haben. ... Ich darf Ihnen zudem versichern, dass es in unserer Fraktion unumstritten ist, dass Änderungen im Tarifbereich zeit- und inhaltsgleich ins Beamtenrecht zu übertragen sind.

Ottmar Schreiner, SPD, MdB

... herzlichen Dank für das Schreiben vom 10. 12. 2002. Die dort vorgetragenen Argumente werden im Wesentlichen von mir geteilt. Das gilt insbesondere für die beabsichtigte Abkehr von der einheitlichen Besoldung. Du kannst sicher sein, dass ich diesen Standpunkt sehr konsequent sowohl öffentlich als auch partei- bzw. fraktionsintern vertrete.

Infobroschüre der GdP

Etwa ab dem Jahr 1985 kam es infolge von vermehrten Presseberichten über die Gefahr einer Hep/HIV-Infektion im alltäglichen Leben zu einer Verängstigung in der Bevölkerung, die sich auch in einem gewissen Maße auf die Polizeibeamten übertrug. Hohe Sensibilität wurde gerade auf dem mehr oder weniger neuen Gebiet der HIV-Infektion entwickelt.

Auch bei Polizeibeamten in Ausübung ihres täglichen Dienstes konnte eine gewisse Verunsicherung diesbezüglich nach Widerstandshandlungen, Festnahmen, ED-Maßnahmen etc. mit Hep/HIV-verdächtigen Personen zunehmend festgestellt werden.

Nachdem sich bei relevanten oder vermeintlich relevanten Kontakten die tel. Anfragen bei dem Polizeiärztlichen Dienst häuften, brachte der damalige Leitende Polizeiarzt Dr. med. Meissner ein Merkblatt – **Der Polizeiarzt informiert** – in Umlauf, das die Kollegen in der Fläche auf angemessene Art über die Hep/HIV-Gefahren aufklären sollte. Dieses Merkblatt wurde, nachdem Dr. med. Meissner in den Ruhestand trat, durch seinen Nachfolger Dr. med. Lamberty ständig auf dem neuesten medizinisch-wissenschaftlichen Stand gehalten und allen Dienststellen zur Verfügung gestellt (letzte Aktualisierung 2000/2003, siehe auch im Intranet der saarländischen Polizei).

Es konnte jedoch immer wieder anhand von aktuellen relevanten Kontakten die Erfahrung gemacht werden, dass weiterhin ein Defizit an Aufklärung in diesem heiklen Bereich besteht.

Aus diesem Grunde hat sich die GdP in Zusammenarbeit mit dem Polizeiärztlichen Dienst entschlossen, jedem Polizeibeamten einen aktuellen Leitfaden in Form eines Flyers an die Hand zu geben, der über das Verhalten vor und nach einem relevanten Kontakt informiert.

Dieser Flyer ist handlich, griffest und kann somit problemlos in

der Hemdtasche beim täglichen Dienst mitgeführt werden.

Zum Abschluss noch ein paar Fakten und Zahlen, die jeden Polizeibeamten interessieren sollten. Bis zum 31. 12. 2002 wurden 291 relevante Kontakte bei dem Polizeiärztlichen Dienst aktenkundig.



Der Polizeiärztliche Dienst informiert

Diese Kontakte setzen sich aus den verschiedensten Einsatzbereichen zusammen und können prozentual wie folgt aufgeschlüsselt werden:

- 65% durch Widerstandshandlungen/Festnahmen,
- 17% bei Hilfeleistungen nach Unfällen,
- 10% bei sonstigen körperlichen Kontakten wie ED-Behandlungen,
- 8% durch Verletzungen mit gebrauchten Injektionsnadeln (z. B. bei Körpervisitationen).

Mittlerweile sind im Saarland ca. 1050 Polizeibeamte gegen Hepatitis B geimpft.

Nennenswerte Nebenwirkungen traten bislang nicht auf.

Zurzeit kommt der Impfstoff TWINRIX® für Erwachsene zur Anwendung. Diese Impfung stellt die beste Schutzmaßnahme gegen eine Hepatitis-A und -B-Erkrankung dar, und wird für Polizeibeamte kostenlos bei dem Polizeiärztlichen Dienst nach Absprache durchgeführt.

Für weitere Auskünfte steht Ihnen der Polizeiärztliche Dienst gerne zu Verfügung.

(Tel. 06 81-9 62 11 51, über Ringleitung Tel. 7 63 11 51) *We*

Jürgen Barth



Jürgen Barth

Am 15. Januar 2003 bestätigte die Bundeshaushalts- und Finanzkommission unseren Landeskassierer für weitere 4 Jahre in seiner Funktion als deren Vorsitzender. Diese Kommission besteht aus dem Bundes- und den Landeskassierern und bereitet alle Beschlüsse des Bundesvorstandes in Finanzfragen vor. Da heutzutage fast alles irgendwo mit Finanzen zu

tu tun hat, ist das Beratungsspektrum der Kommission sehr umfangreich.

In ihrer aktuellen Sitzung befasste sich das Gremium u. a. mit den Abläufen landesspezifischer Rechtsschutzgewährung und Einzelheiten der GdP-Rente. Daneben wurde eine Arbeitsgruppe installiert, die sich mit der Umsetzung der A-Anträge (Anträge zur Beitrags-Leistungsstruktur der GdP) des Magdeburger Kongresses beschäftigen wird.

Wir wünschen Jürgen Barth in dieser Funktion weiterhin eine glückliche Hand.

Anzeige



GdP Reiseservice informiert



Kleine Hosen zahlen weniger!

Mallorca

Bucht von Alcudia

Aparthotel Viva Bahia

Appartement mit Bad, Balkon/Terrasse, Wohnraum, Klimaanlage, ohne Verpflegung

1 Woche inkl. Flug z. B. am 04.04.03 pro Person ab

Verlängerungswoche pro Person ab € 125

Aufpreis Halbpension € 145 pro Person und Woche

Kinderfestpreis ab € 99 für 1 Kind bis 14 Jahre bei 2-3 Vollzahlern

PMI 83074, ABM A U 3, PM: BA, PA: F07

€ 429

Menorca

Son Xoriguer

Grupotel Macarella-Aparthotel

Appartement mit Bad, Balkon/Terrasse, Wohnraum, Klimaanlage, ohne Verpflegung

1 Woche inkl. Flug z. B. am 20.04.03 pro Person ab

Verlängerungswoche pro Person ab € 128

Aufpreis Halbpension € 140 pro Person und Woche

Kinderfestpreis ab € 99 für 1 Kind bis 14 Jahre bei 2-3 Vollzahlern

MAH 26030, ABM A U 3, PM: BA, PA: F07

€ 454

Menorca

Punta Prima

Insotel Club Punta Prima

Appartement mit Balkon/Terrasse, Wohnraum, Klimaanlage und Halbpension

1 Woche inkl. Flug z. B. am 01.05.03 pro Person ab

Verlängerungswoche pro Person ab € 277

Kinderfestpreis ab € 324 für 1 Kind bis 14 Jahre bei 2-3 Vollzahlern

MAH 11002, ABM H 3, PM: BA, PA: F00

€ 579

TUI Qualität

Wir versprechen nicht nur TUI Qualität, sondern halten unsere Versprechen auch. Deshalb geben wir Ihnen unsere Garantie jetzt schriftlich. Und auch der Zug zum Flug kostet nach wie vor keinen EURO extra. Limitierte Angebote. YM/Stand: 30.01.2003.

World of TUI

Unsere Hotline: 0681-84 12 40 Fax: 0681-84 12 424

VERANSTALTUNG

Neujahrsempfang 2003

Eine tolle Sache: der diesjährige Neujahrsempfang der Kreisgruppen LKA, Saarbrücken-Stadt und Land hatte 250 Mitglieder und geladene Gäste ins Bürgerhaus nach Burbach gezogen. Der Vorsitzende der KG LKA, Harry Görens, konnte sowohl den Leiter der LPD, Paul Haben, als auch den Leiter des LKA, Harald Weiland, begrüßen. Von den vielen Ehrengästen sollen hier nur ein paar stellvertretend für alle genannt werden. So weilten in unserer Mitte die Bundestagsabgeordnete Elke Ferner, der Bezirksbürgermeister Horst Schmitt, der CDA-Vorsitzende, MdL Ulrich

Schacht, unser Mitglied – der DGB-Vorsitzende Eugen Roth, sowie der GdP-Ehrenvorsitzende, Dietmar Hünnefeld, und last but not least der Betriebsratsvorsitzende vom Saarstahl-Werk Burbach, Dieter Raubuch.

An dieser Stelle nochmals unser Dank an H. Schmitt für die freundliche Überlassung der Halle.

Zu Beginn der Veranstaltung standen die Ehrungen für die langjährige Mitarbeit und Treue zu unserer Gewerkschaft auf dem Programm.

Die Musikband „Rebound“ sorgte für einen guten Sound. Zwei Highlights bot das Programm –



Unser fleißiges Küchenteam



Die 50er-Jubilare (mit Urkunden)

nämlich die Tanzgarde der Karnevalsgesellschaft „Mir sin do“ und die schöne Tombola mit vielen Gewinnen und Gewinnern.

Nun zu den Ehrungen.

25 Jahre: Karl-Heinz Groß, Peter Schierz, Franz-Günter Blass, Ralf Vervin, Otwin Spengler, Harald Selzer, Eugen Roth, Michael Wilhelm, Winfried Ziegler, Hans-Martin Diehl, Jürgen Böhm, Bruno Schiffler, Martin Breyer, Norbert Rupp, Erwin Frankl, Reinhold Zimmer, Norbert Meiners, Rudi Theobald, Jürgen Schwarz, Michael Gier, Michael Görgen, Kunibert Jochem, Michael Hoffmann, Josef Kiefer;

40 Jahre: Ewald Rohrbacher, Hermann Becker, Gottfried Egger, Gottfried Keller, Herbert Quintus, Norbert Becker, Gerd

Amman, Wolfgang Seibert, Edwin Bustert;

50 Jahre: Hans Wahl, Günter Lehnert, Johann Blass, Georg Schorr, Rudolf Wolf.

Die anwesenden Jubilare wurden von den Kreisgruppenvorsitzenden, Bernhard Wirtz, Wolfgang Schäfer und Harry Görens, geehrt. Allen Jubilaren, auch denen, die leider nicht kommen konnten, nochmals ein Dankeschön verbunden mit dem Wunsch auf eine gemeinsame erfolgreiche Zukunft in der GdP!

In der vom Karnevalsverein „Mir sind do“ schon toll dekorierten Halle feierten wir in guter Atmosphäre bis spät in die Nacht, nachdem uns das Küchenteam der PI Burbach hervorragend lukullisch verwöhnt hatte. **GeFi**

ERNENNUNGEN



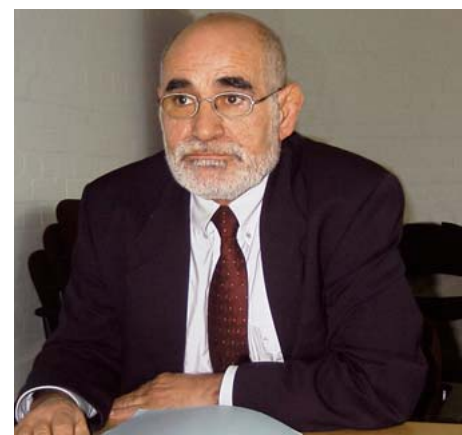
Am 31. Januar wurden die im Jahre 1999 eingestellten Absolventen des 21. Studienganges an der FHSV zum/zur Polizeikommissar/-in zur Anstellung (z. A.) ernannt. Nach Ablauf der zweijährigen Probezeit wurden beim gleichen Termin die Kandidaten/-innen, die sich in der Probezeit bewährt hatten, zu Polizei- bzw. Kriminalkommissaren/-innen ernannt. Insgesamt konnte Innenministerin Annegret Kramp-Karrenbauer 76 Ernennungsurkunden aushändigen.

FACHHOCHSCHULE

Heinz Werner Birtel

Unser langjähriges GdP-Mitglied PD Heinz-Werner Birtel wurde durch Ministerin Annegret Kramp-Karrenbauer für weitere vier Jahre als Leiter des Fachbereichs Polizeivollzugsdienst an der FHSV bestellt.

Diese Funktion übt er bereits seit 1998 aus. Wir gratulieren unserem Kollegen hierzu ganz herzlich.



Heinz-Werner Birtel

LANDES JOURNAL

KG LANDESKRIMINALAMT

Mitgliederversammlung

Kreisgruppe LKA ehrte Rudi Wolf für 50 Jahre (!) GdP-Mitgliedschaft und begrüßte anschließend die innenpolitischen Sprecher der beiden Landtagsfraktionen CDU und SPD.

Die Kreisgruppe LKA hatte zu ihrer Mitgliederversammlung am 7. Januar 2003 die innenpolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen eingeladen. Sowohl Georg Jungmann (CDU) als auch Reinhold Jost (SPD) folgten der Einladung und standen den Mitgliedern sowie dem GdP-Landesbezirksvorsitzenden Hugo Müller Rede und Antwort. Aber auch der Leiter des LKA, Harald Weiland und sein ständiger Vertreter, Franz Josef Biesel, ließen es sich nicht nehmen, die Mitgliederversammlung der Kreisgruppe LKA zu besuchen.

Doch zunächst der Reihe nach: Die Kreisgruppe LKA hatte zum ersten Mal seit vielen Jahren einen anderen Tagungsort gewählt und ihre Gäste sowie Mitglieder am 7. Januar 2003 in das Restaurant „Undine“ in der Bismarckstraße in Saarbrücken eingeladen. Rund 30 GdP-Mitglieder und Gäste wurden zunächst Zeugen einer außergewöhnlichen Ehrung: unser GdP-Mitglied Rudi Wolf kann auf seine 50 Jahre GdP-Mitgliedschaft zurückblicken. Rudi Wolf erhielt deswegen aus den Händen des GdP-Landesbezirksvorsitzenden Hugo Müller und des Vorsitzenden der Kreisgruppe LKA, Harry Görens, die Ehrenurkunde. Sie verbanden ihre Gratulationen mit dem Wunsch, Rudi Wolf noch lange bei bester Gesundheit in unseren Reihen begrüßen zu können.

Im Anschluss an die Ehrung richtete der Leiter des LKA, Harald Weiland, das Wort an die Mitgliederversammlung. Zunächst stellte er das Engagement und die Motivation der LKA-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter heraus. Er dankte ihnen für ein erfolgreiches Jahr 2002. Danach ging er auch schon auf die Vorhaben des LKA für 2003 ein. Hierbei stehen eine personelle Aufstockung des Dez. LKA 33 (MEK) sowie unter anderem organisatorische Weiterent-

wicklungen im Bereich des Dez. LKA 36 (Kriminaltechnik), des SG LKA 413 (Finanzermittlungen) und der Zielfahndung auf der Vorhaben-Liste des LKA-Leiters. Natürlich sind auch Aufgaben im Bereich der Budgetierung, der Implementierung des Qualitäts- und Steuerungssystems des LKA sowie bei der Funktionsbewertung zu erledigen. Gerade im Segment der Funktionsbewertung hofft LKA-Chef Weiland auf die Unterstützung der GdP und der Personalräte.

„Die GdP wird auch bei anstehenden Entscheidungen im Sinne des großen Ganzen handeln, ohne dabei gegen die Interessen des LKA zu verstoßen“, reflektiert Hugo Müller auf Harald Weilands Redebeitrag.

Im Anschluss daran hatten die beiden innenpolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen, Georg Jungmann, CDU, und Reinhold Jost, SPD, Gelegenheit, Stellung zu Perspektiven der Polizei zu beziehen.

Politiker

Georg Jungmann sprach sich in der Diskussion erneut dafür aus, trotz der doch sehr angespannten Haushaltslage des Saarlandes das Beförderungsbudget für die Polizei auf dem Niveau von mehr als 700 000 Euro auch für 2003 zu belassen. „Beförderung ist die beste Art, Danke zu sagen!“, bekräftigte der Jungmann seine Aussage.

Eindeutig auch die Erklärung von Reinhold Jost, der feststellte: „Wer versucht, auf Kosten der Polizei zu sparen, wird Schiffbruch erleiden!“

Insgesamt war es eine gelungene Veranstaltung, bei der der Kreisgruppenvorstand auch für das leibliche Wohl seiner Mitglieder sowie der Gäste wieder bestens gesorgt hatte. **M. K.**



V. l. n. r.: Harry Görens, Rudi Wolf, Hugo Müller

KG MERZIG WADERN

Geburtstage bei den Senioren

Am 3. 1. 03 vollendete der Kollege Heinz Gasper aus Besseringen sein 65. Lebensjahr. Kollege Gasper ist

seit 1974 Mitglied unserer Gewerkschaft. Beschäftigt war Koll. Gasper im techn. Dienst der PI Saarlouis und

ab 1991 bis zu seiner Pensionierung im Jahre 2001 bei der Pol.-Bez.-Insp. in Merzig.

Die Senioren der Kreisgruppe Merzig-Wadern gratulieren ihrem Kollegen recht herzlich und wünschen ihm Gesundheit und wei-

tere glückliche Jahre in seinem Familienkreis. Die Grüße und Glückwünsche mit einem Präsent überbrachten Seniorenobmann Hugo Bohr und der stellvertretende Landesvorsitzende der Senioren German Freichel.

Weitere Geburtstage

Am 25. 2. 03 vollendet **Paul Münster** aus Thailen sein 86. Lebensjahr. **Erich Schmidt** aus Hilbringen wird am 3. 3. 03 83 Jahre alt. **Anna Jager** aus Brotdorf vollendet am 5. 3. 03 ihr 97. Lebensjahr.

Die Senioren der KG Merzig-Wadern gratulieren den Geburtstagskindern auf das Herzlichste und wünschen ihnen Gesundheit und Wohlergehen und noch viele schöne Jahre im Kreise ihrer Lieben. **G. F.**



Heinz Gasper (links) und Hugo Bohr

KG SAARBRÜCKEN-LAND

Ministerin für Inneres und Sport zu Besuch

Wolfgang Schäfer

Die Ministerin Frau Annegret Kramp-Karrenbauer besuchte aufgrund einer Einladung der Kreisgruppe Saarbrücken-Land im November 2002 die Polizeinspektionen Sulzbach, Köllertal und Völklingen.

Hierbei wurde sie von dem Leiter der Landespolizeidirektion, LPD Paul Haben und dem Leiter des Polizeibezirkes Saarbrücken Land, PD Rudi Pauly, begleitet. Ziel dieser Veranstaltungen war es auch, nochmals Bewusstsein dafür zu schaffen, dass sich hinter Statistiken und Stärkezahlen Menschen mit Gesichtern, Gefühlen und Wünschen verbergen, die nicht nur Verfügungsmasse sind. Im Rahmen der Dienststellenbesuche hatten nun die Kolleginnen und Kollegen die Möglichkeit, ihre Sorgen, Ängste und Nöte unmittelbar vorzutragen und mit der Ministerin dem Leiter der Landespolizeidirektion und dem Leiter des Polizeibezirkes zu diskutieren.

In den offenen Gesprächsrunden wurde von den Kolleginnen und Kollegen deutlich artikuliert, dass die gegenwärtige Personalsituation auf den besuchten Dienststellen zu erheblichen Einschränkungen im sozialen und gesundheitlichen Bereich führt, die einhergeht mit unverantwortlich geringen Dienststärken in den Dienstgruppen und den Kriminaldiensten. Gegenwärtig befindet man sich in einem Zustand der Dauerimprovisation.

Insbesondere wurde bei der PI Völklingen anerkannt, dass

sich diese Dienststelle gegenwärtig in einer personellen Not-situation befindet, deren Beseitigung schnellstmöglich durch Maßnahmen innerhalb des Polizeibezirkes und durch Maßnahmen der LPD auszugleichen ist.

Aber auch bei den Polizeinspektionen Sulzbach und Köllertal wurde auf personelle Defizite hingewiesen und auch die gegenwärtige Altersstruktur aufgezeigt.

Konkrete Aussagen der Ministerin zu den Themen:

● Öffnungsklausel

„Das Ergebnis der Tarifverhandlungen wird auf die Beamtenschaft übertragen. Es gibt keine Sonderopfer für Beamte mehr. Diese haben ihren Beitrag bereits geleistet. Es wird auch weiterhin Urlaubs- und Weihnachtsgeld für Beamte geben.“

● Aufbauorganisation

„Die PI Köllertal bleibt als Rund-um-die-Uhr-Dienststelle erhalten.“

● Personalsituation

„Die derzeitige Personalknappheit ist bekannt. Es werden Gegenanstrengungen unternommen, insbesondere sind 2003 85 Neueinstellungen vorgesehen.“

● Dienstzeiten

„Eine Abschaffung der 5. Dienstschicht sei nicht geplant.“

„Eine ministerielle Verordnung eines bestimmten Dienstzeitmodells wird es nicht geben.“

„Es wird keine Entscheidung gegen den Willen der Belegschaft geben. Es sollte aber über ein flexibles Dienstzeitmodell nachgedacht werden.“

● Beförderungsbudget

„Das Beförderungsbudget für 2003 bleibe erhalten, was aber eine sehr schwierige Aufgabe sei, bei den reduzierten Steuereinnahmen.“

Zur weiteren Personalentwicklung führte der Leiter der Landespolizeidirektion aus, dass am 1. 10. 2003 56 Kollegen/-innen zu Verteilung anstehen würden

und dass es bis zum 1. 10. 2006 200 weitere Kollegen/-innen in der Organisation geben würde, die zu 90 Prozent den Polizeibezirken zugeteilt würden.

Wir hoffen, dass es uns im Rahmen der Veranstaltungen gelungen ist, Hoffnungen, Sor-

gen, Ängste, Nöte und Erwartungen unserer Kolleginnen und Kollegen den Verantwortlichen aufzuzeigen und dass diese als Grundlage bei weiteren Entscheidungsprozessen verwendet werden. Danke für die Besuche!

SchW

GEWALT

Gewalt gegen Polizisten

80 verletzte saarländische Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte im Jahr 2002.

Auch gegenüber Polizisten und Polizistinnen steigt die Gewaltbereitschaft. Die deutliche Zunahme der Gewaltbereitschaft in unserer Gesellschaft bekommen auch insbesondere Polizeibeamte/-innen bei der Ausübung ihres täglichen Dienstes zu spüren. Wurden im Jahr 2001 im Saarland noch 58 Beamte und Beamtinnen Opfer bei Widerstandshandlungen, waren es im Jahr 2002 bereits 80 Kolleginnen und Kollegen, die im Rahmen ihres Dienstes zum Teil nicht unerheblich verletzt wurden. Die Aufstellung der dabei erlittenen Verletzungen liest sich wie ein akademisches Lehrbuch der Unfallmedizin. Biss-, Stich- und Schnittwunden, Rippenfrakturen bis hin zu bedenklichen Verletzungen der Wirbelsäule sind in den Dienstunfallanzeigen dokumentiert.

Die Ministerin für Inneres und Sport, Annegret Kramp-Karrenbauer, würdigte am vergangenen Mittwoch (29. Januar 2003) bei einer Besprechung der Dienststellenleiter der Landespolizeidirektion in Saarbrücken die gefährliche Arbeit der Polizei und übermittelte den vielen verletzten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten ihren besonderen Dank und ihre Anteilnahme. Stellvertretend für die 80 verletzten Kolleginnen und Kollegen, die innerhalb des

vergangenen Jahres bei der Ausübung ihres Berufes Opfer von Gewalthandlungen wurden, waren 14 betroffene Polizeibeamte aus dem gesamten Saarland bei der gemeinsamen Besprechung anwesend. Der Innenministerin und ihrem Staatssekretär Gerhard Müllenbach wurden exemplarisch gravierende Angriffe auf Polizeibeamte aus dem vergangenen Jahr von den betroffenen Beamten und deren Dienststellenleiter eindrucksvoll geschildert. Der Leiter der Landespolizeidirektion, Paul Haben, hob in diesem Zusammenhang hervor, dass die Polizei insbesondere eine drastische Erhöhung der Gewaltbereitschaft bei Einsatzmaßnahmen in Privatwohnungen und durch die alkoholische Beeinflussung der Täter registrierte.

Ein bereits in der Vergangenheit gern angenommenes Angebot unterbreitete der ebenfalls anwesende Landespolizeidekan Dr. Rolf Dillschneider. Demnach werden für Dienstgruppen aber auch für einzelne Polizeibeamte/Polizeibeamtinnen, die in schwerwiegende polizeiliche Einsätze eingebunden waren oder sonst traumatisierende Ereignisse zu bewältigen hatten, von ihm zu Gesprächstagen eingeladen. Fallbesprechungen und Einzelgespräche sollen helfen, belastende Ereignisse besser zu verarbeiten.

Nähere Informationen sind bei Dr. Rolf Dillschneider unter der Telefonnummer 06 81/9 38 39 77 zu erhalten.

Carsten Baum

Im Anschluss an den 22. Ordentlichen Bundeskongress (Magdeburg) im Herbst 2002 haben sich alle Fachgremien in ersten Sitzungen neu konstituiert, so auch der zur Beratung des Bundesvorstandes bestehende Bundesfachausschuss Beamten- und Besoldungsrecht (BFA BB).

Anlässlich seiner konstituierenden Sitzung am 16. und 17. Januar 2003 in Berlin hat das Gremium unseren Kollegen Carsten Baum erneut zum Vorsitzenden gewählt. Wiedergewählt wurden auch Sybille Staliwe (Sachsen-Anhalt) als Stellv. Vorsitzende sowie Norbert Weinbach (Hessen) als Schriftführer.

Der BFA BB, dem als zuständiger GdP-Fachsekretär Hans Adams, als zuständiges Mitglied aus dem Geschäftsführenden Bundesvorstand der stellv. Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut sowie Fachleute aus allen (Landes-)Bezirken der GdP angehören, hat sich im weiteren Verlauf seiner ersten Sitzung gleich an die Arbeit gemacht. Sie bestand diesmal vornehmlich in der



Carsten Baum

Prüfung rechtlicher und praktischer Möglichkeiten zur Umsetzung der insgesamt 46 beamten- und besoldungsrechtlichen Beschlüsse aus Antragsgruppe D des zurückliegenden Bundeskongresses. Auf der Tagesordnung standen dabei u. a. die angestrebte Ermöglichung des Streikrechts auch für Beamte, Verbesserungen bei Beförderung und Aufstieg, Optimierungen im Urlaubs- bzw. Zulagenwesen besonders für den Wach- und Streifen dienst sowie die Beschlüsse aus den Bereichen Disziplinar-, Beihilfe- und Reisekostenrecht.

TERMINE

Personalräteempfang

Am 20. Januar 2003 fand der traditionelle Neujahrsempfang der CDU-Landtagsfraktion für Betriebs- und Personalräte im Landtag des Saarlandes statt. Nach einer Begrüßung durch

MdL Peter Hans sprachen Josef Hecken, Staatssekretär im Ministerium für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales, und MdL Ulrich Schacht, Arbeitnehmersprecher der CDU-



GdP-Personalräte im Gespräch mit MdL Georg Jungmann (1. v. l.)

Landtagsfraktion. GdP-Personalräte folgten der Einladung in den Landtag und nutzten die Gelegenheit zu einem umfassenden Meinungsaustausch mit verantwortlichen CDU-Politikern.

(ALLER)-LETZTE MELDUNG

Deutscher Beamtenbund verrät die Beamtenschaft

Wer als Beamter am 6. Februar 2003 die Saarbrücker Zeitung las, konnte es nicht glauben. War dort doch in zwei Artikeln (nachfolgend abgedruckt) zu lesen, dass der Deutsche Beamtenbund (DBB) die Streichung des Urlaubsgeldes und die Kürzung des Weihnachtsgeldes um mindestens 16% bei gleichzeitigem Wegfall und Verteilung auf die Monatsgehälter vorgeschlagen hatte. So weit – so schlimm! Der öffentliche Arbeitgeber hat diese Steilvorlage prompt aufgenommen und so hat der Innenausschuss des Deutschen Bundestages dem Bundesrat für seine Sitzung am 14. Februar 2003 folgende Beschlussempfehlung (Drucksache 819/1/02) vorgelegt:

„Der Bundesrat greift ein vom Deutschen Beamtenbund vorgeschlagenes Konzept zur Streichung des Urlaubsgeldes und zum Einbau der Reduzierten Jahressonderzuwendungen in das Monatsgehalt der Beamten auf. Damit können sich die öffentlichen Haushalte je nach Einbauquote kurz- bis mittelfristig entlasten.“

Was würde dies konkret bedeuten?

- Kompletter Wegfall des Urlaubsgeldes,
- teilweiser Wegfall des Weihnachtsgeldes um mind. 16% bzw. noch mehr je nach länderspezifischer Regelung,
- mindestens minus 678,37 € bei einem 38-jährigen POM,
- mindestens minus 741,87 € bei einem 49-jährigen PHK.

Nun zeigt sich, dass es wirklich nur eine Interessenvertretung gibt, nämlich die GdP, denn:



Beamte zu Einbußen bereit

Abstriche beim Weihnachts- und beim Urlaubsgeld vorgesehen

Frankfurt (afp). In der Debatte um Einsparungen im Öffentlichen Dienst hat sich der Deutsche Beamtenbund (DBB) zu Einschnitten beim Weihnachts- und Urlaubsgeld bereit erklärt. Nach Angaben der Organisation vom Mittwoch sieht ein DBB-Konzept vor, das Weihnachtsgeld auf die zwölf Grundgehälter zu verteilen und mit einem Abschlag zu versehen. Zudem solle das Urlaubsgeld gestrichen werden, um damit andere Leistungen für Beamte bezahlen zu können.

Mit Blick auf das Konzept des DBB sagte dessen Vorsitzender Erhard Geyer der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, damit solle die stets wiederkehrende Diskussion über Sparpläne beim Weihnachtsgeld, dem 13. Monatsgehalt, beendet werden. Der Vorstand des Beamtenbunds habe diesen Vorschlag einstimmig

unterstützt. Der Zeitung zufolge ergäbe eine Senkung des Weihnachtsgeldes von derzeit 86,3 Prozent auf 70 Prozent des Grundgehältes ein Sparvolumen für Bund und Länder von insgesamt rund 1,3 Milliarden Euro im Jahr. Für die Finanzminister des Bundes und der Länder ergäbe sich durch die Initiative des Beamtenbundes der Vorteil, dass die Änderungen des Besoldungsrechts schnell wirksam würden. Sie ließen sich schon mit der ohnehin notwendigen Gesetzesänderung zur Übertragung der Tarifierhöhungen im Öffentlichen Dienst auf die Beamten verbinden. Eine komplette Streichung des Weihnachtsgeldes brächte demnach eine Einsparsumme von knapp neun Milliarden Euro. Der Städtetag erneuerte derweil seine Forderung nach Veränderungen im Beamten- und Tarifrecht.

Auszug Saarbrücker Zeitung vom 6. Februar 2003